Energiearmut und die soziale Dimension der Energiewende. Was muss getan werden?

Das Thema Energiearmut wird auch in Österreich im Zuge der unausweichlichen Energiewende an Relevanz gewinnen. Wie kaum ein anderes Thema veranschaulicht es die Tatsache, dass Energiekonsum, Energieersparnis und Energieinfrastruktur auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit zugrunde liegen

Energiearmut ist ein komplexes, interdisziplinäres Thema welches erst in den letzten Jahren Einzug in den österreichischen Politikdiskurs gefunden hat. Vereinfacht beschrieben besteht Energiearmut wenn ein Haushalt nicht in der Lage ist mit zumutbaren Kosten den Wohnraum ausreichend warm zu halten bzw. grundlegende Haushaltsfunktionen durchzuführen.[1] Hier spielen nicht nur das Haushaltseinkommen sondern Faktoren wie etwa die Wohnverhältnisse, die Energieinfrastruktur oder der Energiemarkt eine wichtige Rolle. Energiearmut ist dementsprechend mehr als nur eine Facette „gewöhnlicher" Armut – wobei vermehrt jene Gesellschaftsgruppen welche ohnehin stärker von Armut betroffen sind auch unter Energiearmut leiden. Wesentliches Charakteristikum ist auch, dass ein schlichtes Anheben des Einkommens das Problem zwar lindert aber nicht beseitigt, da Energiearmut vor allem eine kapitalintensive Änderung der Wohnverhältnisse bzw. der Haushaltsgeräte erfordert. Dies erfordert auch ein Umdenken in Sachen sozialpolitischer Maßnahmen (was ansatzweise auch erfolgt).

Abgesehen von der sozialpolitischen Problematik ist die Tatsache, dass bei den betroffenen Haushalten ein disproportionaler Teil des Einkommens sprichwörtlich verheizt wird umweltpolitisch untragbar, eine unwirtschaftliche Kapitalvernichtung und eine indirekte Subvention menschenrechtlich problematischer energieexportierender Regime.

Das Phänomen Energiearmut wurde erstmals in Großbritannien in den 80ern identifiziert, was unter anderem mit dem vergleichsweise alten Baubestand sowie wenig verbreiteter thermischer Sanierung aber auch strukturellen Änderungen in der Energiewirtschaft zusammenhing. Ende der 90er brachte Labour-Regierung unter Tony Blair den Begriff in den politischen Diskurs ein und setzte sich ambitionierte Ziele zur Reduktion von Energiearmut. Trotz verschiedener Maßnahmenpakete seither nimmt das Problem Energiearmut in Großbritannien weiterhin zu – hauptsächlich wegen steigender Energiepreise, geringer Fortschritte bei der thermischen Sanierung und wachsender Armut. 2012 waren etwa 20-25%[2] der englischen[3] Haushalte von Energiearmut betroffen. Erfahrungen aus Großbritannien zeigen, dass die von der konservativen Regierung bevorzugten Strategie der Bekämpfung von Energiearmut durch Förderung von *market-based mechanisms* bei einem gleichzeitigen Rückzug des Staates sich nicht nur als wirkungslos erwiesen hat sondern möglicherweise das Problem verschlimmert hat.

Aufgrund der steigenden Energiepreise und der wachsenden Armutsproblematik in Europa im Zuge des letzten Jahrzehnts wurde das Thema Energiearmut bald von der Forschung, von NGOs und dann von der Politik in vielen europäischen Ländern aufgegriffen. Es zeigte sich bald, dass dies einerseits weder ein rein britisches Problem war und dass in vielen anderen Staaten großer Handlungsbedarf

[1] Die genaue Definition von Energiearmut wird in der Forschung heftig diskutiert und würde den Rahmen sprengen. In Großbritannien wird seit den 90ern der Richtwert von Energiekosten über 10% des Haushaltseinkommens verwendet.

[2] Abhängig von der genauen Definition

[3] Aufgrund der sozialpolitischen Autonomie von Schottland, Wales und Nordirland wird die Thematik teilweise auf föderaler Ebene behandelt.

besteht. Andererseits wurde auch deutlich, dass aufgrund gewisser britischer Spezifika (etwa einem Wohnungsmarkt welcher hauptsächlich aus Eigentum und Reihenhäusern besteht) viele Definitionen oder Maßnahmen nur schwer auf unterschiedliche europäische Länder umzulegen sind.

Auch in Österreich wird das noch eher stiefmütterlich behandelte Thema Energiearmut stark an Relevanz gewinnen. Hier geht es nicht nur um grundsätzliche Fragestellungen der Leistbarkeit von Energie oder der Wohnsituation einkommensschwacher ÖsterreicherInnen. Es geht auch um die soziale Dimension der – aufgrund von Rohstoffknappheit und Klimawandel unausweichlichen – Energiewende. Es ergeben sich unzählige offene Fragen: Wer trägt die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energieträger? Gibt es einen grundsätzlichen Konflikt zwischen Umweltschutz und sozial verträglicher Energiepolitik? Wer ist für die Linderung von Energiearmut verantwortlich? Wie kann verhindert werden, dass die Kosten der Energiewende überproportional von jenen Menschen getragen wird welche aufgrund ihrer Lebenssituation einen höheren Energieverbrauch haben (Beispielsweise Familien mit vielen Kindern, Menschen in alten, schlecht isolierten Mietwohnungen)?

Diese Fragestellungen bergen nicht nur Unsicherheiten sondern auch Chancen für die Zukunft in sich. Die Bekämpfung von Energiearmut kann eine gesellschaftliche Win-Win Situation darstellen und neben einer Linderung von Armut, positive Beschäftigungsimpulse geben sowie Energieimporte und Emissionen reduzieren. Um dies zu gewährleisten muss eine Diskussion über verschiedene Aspekte der Sozialpolitik sowie der Energie- und Wohnbaupolitik geführt werden.

Im Zuge des Papers sollen mögliche policy-Maßnahmen sowie Erfahrungen aus anderen europäischen Staaten diskutiert werden und aufgezeigt werden wie der zukünftige Wandel des Energiesystems sozial verträglich gestaltet werden.